

MUSIK WOCHE

Hamburg/Berlin, 22.06.2018, 10:04

[MusikWoche](#) | [Livebiz](#)

LiveKomm mit Gipfeltreffen zufrieden

Am 14. Juni bündelten in Berlin erstmals die 15 wichtigsten Verbände der Musikbranche beim Musikwirtschaftsgipfel unter dem Motto "Agenda Spezial" ihre Positionen und stellten ihre Anliegen zur Diskussion. Ein positives Fazit zieht die [LiveMusikKommission \(LiveKomm\)](#): Der Spielstättenverband habe seine Forderungen in den Sessions "Förderung" sowie "Umwelt & Infrastruktur" präsentieren und im Anschluss mit Vertretern der Bundespolitik und Wissenschaft diskutieren können.

Die Forderungen zum Thema "Förderung" präsentierte in Berlin der 1. Vorsitzende der LiveKomm, [Karsten Schölermann](#): Erstens fordert der Verband die Aufstockung des Spielstättenprogrammpreises Applaus auf fünf Millionen Euro pro Jahr, "um weiterhin die künstlerische Qualität der Programme in den Spielstätten zu erhöhen und weiterhin die kulturelle Vielfalt zu sichern". Zweitens bedürfe es des Ausbaus und der Weiterführung der Clubförderprogramme "Technische Erneuerungs- & Sanierungsbedarfe" sowie "Digitalisierung der Aufführungstechnik" um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Musikspielstätten im internationalen Vergleich zu erhalten. Hierfür schlug Schölermann einen Sanierungs- und Ausstattungsfonds von fünf Millionen Euro pro Jahr vor. Als Abstimmungsthema wählte der 1. Vorsitzende der LiveKomm das Thema "Grassroot Förderung", welches bei Kleinstkonzertförderungen "100 Euro Künstlerzuschuss und 100 Euro Clubzuschuss für jedes Kleinstkonzert in Deutschland" vorsah.

In der Session "Umwelt & Infrastruktur" präsentierte [Thore Debor](#), Geschäftsführer des [Clubkombinats Hamburg](#) und Sprecher der AG Kulturraumschutz innerhalb der LiveKomm, die folgenden drei Forderungen:

1. Die LiveKomm fordert das "Agent-of-Change-Prinzip" im Städtebau. Dieses sieht vor, dass heranrückende Neubebauung für erforderlichen Lärmschutz selbst sorgen muss. Ausschlaggebend war dafür die

Situation, dass in der Gebietskategorie "urbanes Mischgebiet" der Grenzwert in den Nachtstunden bei 45 dB(A) nicht erhöht wurde. Diese Regelung stelle keine Verbesserungen für Musikspielstätten dar. Vorbild sei die Kampagne der britischen Interesseninitiative Music Venues Trust, welche den präsentierten



Trugen die LiveKomm-Forderungen in Berlin vor: Karsten Schölermann ... (Bild: Tagesspiegel Verlag)



... und Thore Debor (Bild: Tagesspiegel Verlag)

Lösungsansatz "aufmerksamkeitswirksam und erfolgreich in die britischen Parlamente zur Abstimmung gebracht" habe.

2. Die Einführung eines Sonderrechts "Musik" in das Bundesbaurecht, womit Emissionen von Musikclubs und Festivals mit Sport- und Kinderlärm gleichgesetzt werden. Hintergrund sei hier, dass der so genannte "Freizeitlärm" von Sportanlagen durch Freizeit- und Jugendenutzungen gesetzlich privilegiert ist und ein Sonderrecht erhalten hat. Emissionen, die durch Kultureinrichtungen entstehen, sind nach Ansicht der LiveKomm "kein Lärm, sondern ein Stück Lebensqualität".

3. Die Aufnahme der LiveKomm in das Kuratorium für Nationale Stadtentwicklungspolitik. Bisher ist in diesem Gremium kein Vertreter von Kulturbetrieben oder Spielstätten vorhanden.

Als besonders erfreulich bewertet die LiveKomm die Unterstützung bei den Kulturräumerschutz-Forderungen seitens Renate Künast und Erhard Grundl (beide Bündnis 90/Die Grünen). Beide Bundespolitiker wohnten beim Musikwirtschaftsgipfel der Expertendiskussion bei und tauschten sich mit Prof. Torsten Wissmann (Fachhochschule Erfurt) über die Forderungen zum Schutz von Musikspielstätten aus. Die Expertenrunde und das anwesende Publikum sprachen sich dafür aus, dass das Thema die größte Chance auf Realisierung habe. Auch bei der Frage nach dem Nutzen für das Gemeinwohl befürworteten die Beteiligten die Einführung des "Agent-of-Change-Prinzips" zum Schutz von Kulturbetrieben.

Karsten Schölermann bilanziert: "Für uns zeichnet sich nach dieser großartigen Veranstaltung ab, dass wir weiterhin geschlossen in unseren Positionen vorgehen müssen - und wollen, um die Bedarfe der Musikbranche in Deutschland erfolgreich zu vertreten. Die Popular-Musik, und da zählen wir den Jazz hinzu, braucht einfach eine stärkere Lobby. Hier geht es nicht nur darum, wirtschaftliche Vorteile bei der Politik zu erwirken, sondern einen modernen Kulturbegriff bei den Entscheidern zu platzieren und die gesellschaftspolitischen Aufgaben herauszustellen. Von der musikalischen Früherziehung, der sozialen Absicherung von KünstlerInnen und Kreativen, der Inklusion von allen gesellschaftlichen Gruppen, der Stärkung der Kultur im ländlichen Raum bis hin zum Erhalt und der Förderung von sozialen Orten und Netzwerken - alle diese Themen lassen sich nicht in einem Ministerium bearbeiten."

Und Thore Debor resümiert: "Als Club-Verband registrieren wir zunehmend Lärmbeschwerden von AnwohnerInnen, insbesondere in Ausgehvierteln, und fragen uns somit, wo in Zeiten des Immobilienbooms die Orte für Live-Musik noch Raum finden, wenn durch die Nachverdichtung schnell Lärmschutzinvestitionen in sechsstelliger Größenordnung die Normalität werden. Dass das vorgestellte 'Agent-of-Change-Prinzip' auch von den anwesenden Vertretern aus Politik, Wissenschaft und Musikwirtschaft als 'besonders wichtig für das Gemeinwohl' erkannt wurde, bestätigt uns in unserem Anliegen."

Quelle: [MusikWoche](#)

Mit einem Abo können Sie diesen Artikel kommentieren.

KOMMENTARE

Noch kein Kommentar vorhanden.